



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

6. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

5. Wahlperiode

Mittwoch, 15. November 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Renate Holznagel

Inhalt	Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung)	5
	B e s c h l u s s	5
Änderung der Tagesordnung		2
Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung)		2
B e s c h l u s s		3
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT		3
B e s c h l u s s		3
Erweiterung der Tagesordnung		3
Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung)		3
Michael Roolf, FDP (zur Geschäftsordnung)		3
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS (zur Geschäftsordnung)		3
Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung)		4
B e s c h l u s s		4
Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung)		4
B e s c h l u s s		5
	Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung)	5
	B e s c h l u s s	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006) (Erste Lesung) – Drucksache 5/58 –	6
	Ministerin Sigrid Keler	6
	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	7
	Minister Lorenz Caffier	8
	Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS	8
	Volker Schlotmann, SPD	10, 16
	Michael Roolf, FDP	12
	Dr. Armin Jäger, CDU	13
	Udo Pastörs, NPD	15
	Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS	16
	B e s c h l u s s	18
	Erklärung zur Abstimmung durch den Abgeordneten Stefan Köster, NPD, gemäß § 96 GO LT	18
	Nächste Sitzung Mittwoch, 6. Dezember 2006	18

Beginn: 15.32 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 6. Sitzung des Landtages. Die Landesregierung hat gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeits-sitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 6. Sitzung liegt Ihnen vor.

Ihnen liegt ebenfalls vor ein Antrag der Fraktion der NPD, den einzigen Tagesordnungspunkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Ich lasse zunächst darüber abstimmen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Begründungsbedarf!)

Bitte.

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantrage, den einzigen Punkt der Tagesordnung, Erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, von der Tagesordnung zu streichen.

Dieser Tagesordnungspunkt beinhaltet im Wesentlichen die Bewilligung von 11 Millionen Euro für einen Sperrzaun um Heiligendamm sowie Mittel für Entschädigungen unter anderem für Hauseigentümer, deren Gebäude man leider abreißen oder sprengen möchte, um freies Schussfeld zu schaffen. Dies alles wäre völlig unnötig und müsste auch nicht auf der Tagesordnung stehen, wenn die Landesregierung einfach nur ihren elementaren Pflichten nachkommen würde, zum Beispiel der, den Rechtsstaat durchzusetzen. Man muss nicht jeden gewalttätigen Chaoten aus dem Ausland einreisen lassen. Auch im Rahmen des Schengener Abkommens ist es möglich, solche Leute abzuweisen an der Grenze, und auch die mutmaßlichen Täter des 11. September hätte man nicht in Deutschland willkommen heißen und einem von ihnen auch noch großzügigerweise die deutsche Staatsbürgerschaft verleihen müssen. Die Landesregierung könnte zusammen mit der Bundesregierung durchsetzen, dass die Zahl ausländischer Gewalttouristen auf ein Minimum reduziert würde.

Ferner könnten die hiesigen Polizeibehörden auch ausländische Dienststellen um Amtshilfe bitten und ermitteln, wer hier als Krawallmacher einreisen will. Das hat bei der Fußballweltmeisterschaft auch funktioniert und ich habe nirgendwo Stacheldrahtzäune um die Stadien gesehen.

(Angelika Peters, SPD: Sie sollen die Dringlichkeit begründen!)

Es ist auch nicht nötig, tatenlos mit anzusehen, wie Sprecher einheimischer Protestorganisationen fröhlich und ganz offen im Fernsehen Straftaten ankündigen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Da wird gesagt, man wolle Heiligendamm total blockieren, man wolle die Tagung aushungern, indem man keine Versorgungsfahrzeuge hineinlasse. Dies ist zumindest die Ankündigung einer Nötigung und da die Veranstalter aus Erfahrung wissen müssten, dass solche Aktionen in der Vergangenheit niemals friedlich abgelaufen sind, nehmen sie Gewalt auch billigend in Kauf. Das läuft auf Landfriedensbruch hinaus. So etwas anzukündigen ist strafbare Störung des öffentlichen Friedens durch Ankündigung

von Straftaten. Man stelle sich vor, die NPD würde genau das von sich geben, was die linkschaotischen Gruppen jetzt öffentlich äußern. Ich würde etwa sagen, ich möchte mit NPD-Demonstranten Heiligendamm blockieren. Nachdem ich so etwas gesagt hätte, könnte ich mich zurücklehnen, bis hundert zählen und die Polizei wäre da. Warum ist sie nicht da bei den Linkschaoten? Ist das Benzin der Polizei jetzt schon zu Ende?

Die NPD-Fraktion ist auch gegen den G8-Gipfel. Für Mister Bush hegen wir auch keine Sympathien. Wir werden auch demonstrieren, aber friedlich.

(Volker Schlotmann, SPD:
Das ist ja voll dringlich!)

Für uns brauchen Sie keinen Schutzzaun und Sie müssten sich auch nicht hinter einem solchen verkriechen, wenn die Linkschaoten genauso gewaltfrei wären wie wir.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Uns wurde unter großem Getöse fälschlicherweise vorgeworfen, wir hätten im Wahlkampf einen gegnerischen Infostand blockiert.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Die Minute ist längst um. –
Volker Schlotmann, SPD: Drei!)

Hier soll ein ganzer Ort blockiert werden und Sie lassen die Vorbereitungen dazu einfach laufen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Die Landesregierung hat einreißen lassen, dass unsere Demonstrationen unter anderem ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Andrejewski, Sie haben die Möglichkeit, hier Ihren Geschäftsordnungsantrag zu begründen. Bitte beschränken Sie sich darauf.

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Ich erläutere, warum dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt werden soll,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber nicht mit der
Begründung. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

weil andere Maßnahmen ergriffen werden könnten, weil der Rechtsstaat durchgesetzt werden müsste. Und wenn man verhindern würde, dass Chaoten, inländische und ausländische, hier frei aufmarschieren, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Andrejewski, die Redezeit, ...

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): ... bräuchte man keinen Schutzzaun mehr.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... die Redezeit für die Begründung des Geschäftsordnungsantrages ist abgelaufen.

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Gut.

Einen Schlusssatz: Bringen Sie das zuerst in Ordnung, setzen Sie die Rechtsstaatlichkeit wieder durch,

(Volker Schlotmann, SPD: Genau.)

dann brauchen Sie keine riesigen Summen für Schutz-zäune und dann könnte man auf all das verzichten. Das hier ist überflüssig, weil der Rechtsstaat versagt.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe soeben erfahren, es handelt sich um einen Geschäftsordnungsantrag, deswegen ist der Antrag auch nicht verteilt worden. Also mir liegt dieser Antrag hier vorne vor.

(Reinhard Dankert, SPD: Er braucht
auch nicht verteilt zu werden.)

Gibt es das Bedürfnis zur Gegenrede? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Geschäftsordnungsantrag der NPD-Fraktion abstimmen. Wer dem Antrag auf Absetzung des einzigen Tagesordnungspunktes zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Absetzung des einzigen Tagesordnungspunktes bei Zustimmung der NPD-Fraktion und ansonsten Gegenstimmen des Hauses abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über die Tagesordnung abstimmen.

(Stefan Köster, NPD: Ich beantrage
Erweiterung der Tagesordnung.)

Ich lasse nunmehr über die Tagesordnung abstimmen und den Antrag können Sie dann im Anschluss stellen.

Wer der Tagesordnung in der vorliegenden Form zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit gilt die Tagesordnung der 6. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP sowie bei Gegenstimmen der NPD-Fraktion.

Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Ich bitte, den Antrag zu formulieren.

Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich beantrage die Feststellung der Dringlichkeit unseres Antrages zur Einsetzung von ständigen Ausschüssen. Unser diesbezüglicher Antrag, welcher Ihnen vorliegt, ist geradezu zwingend heute zu behandeln. Sie, meine Damen und Herren von den Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Köster, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der Antrag hier vorliegt und dazu kommen wir jetzt im Anschluss. Ich bitte Sie, zunächst wieder Platz zu nehmen.

Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, dass ich den begründen darf.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Dazu haben Sie nachher die Gelegenheit. Jetzt bitte ich Sie, erst mal Platz zu nehmen, weil wir das Verfahren entsprechend abarbeiten.

(Stefan Köster, NPD: Dann arbeiten Sie!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Drucksache 5/56 liegt der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP „Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten in Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Gesetzentwurf erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Bitte, Herr Fraktionsvorsitzender Roof. Am Saalmikrofon bitte.

Michael Roof, FDP (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Dringlichkeit ergibt sich aus unserer Sicht aus der besonderen wirtschaftlichen Situation des Jahres 2006. Wir alle wissen, dass wir ab 01.01. die Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozent als zusätzliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Bundesrepublik Deutschland haben werden.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wir wollten sie nicht.)

Und wir alle wissen auch, dass wir die Situation haben, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr noch den Konsum, den sie gerne machen möchten, auch umsetzen möchten. Wir wissen außerdem, dass wir diesen Konsum auch hier im Land ermöglichen wollen und nicht dafür Sorge tragen wollen, dass es einen Konsumtourismus aus Mecklenburg-Vorpommern in die angrenzenden Bundesländer gibt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Dringlichkeit ergibt sich für uns auch aus der Situation heraus, dass die an uns angrenzenden Bundesländer – das Land Berlin am 25.11., das Land Sachsen-Anhalt am 30.11. und das Land Schleswig-Holstein am 01.12. – ein neues Ladenöffnungsgesetz mit genau derselben Flexibilität haben werden, wie wir es Ihnen hier vorschlagen. Wir bitten aus diesem Grund, hier heute in Erster Lesung dieses Gesetz beraten zu dürfen.

Und ich sage eines auch dazu: Mir ist heute im Laufe des Vormittags ein Vermerk des Wirtschaftsministeriums über die Koalition zugegangen, in dem auch informiert wird, dass aufseiten der Koalition daran gearbeitet wird, verbesserte Rahmenbedingungen für den Einkauf hier im Land zu schaffen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Den hätte ich auch gerne gesehen. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich bitte, auch das in Betracht zu ziehen, und bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. – Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Roof.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Bitte, Frau Měšťan.

Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen der FDP! So sehr man inhaltlich vielleicht über Ihren Antrag reden mag, wir haben uns als Parlament eine Geschäftsordnung gegeben und ich kann die Dringlichkeit namens meiner Fraktion nicht erkennen, das hier heute zu behandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Es wäre in der Geschichte des Hohen Hauses einmalig, dass in einer Dringlichkeitssitzung noch eine Dringlichkeit hinzugefügt wird, die, wie Sie selbst gesagt haben, sich ja länger angekündigt hat. Die Grundgesetzänderung gab es am 1. September und wir hätten dann anders handeln können.

(Hans Kreher, FDP: Warum haben
Sie denn nicht früher gehandelt?)

Und einen zweiten Punkt: Eine Gesetzesänderung, die eine Angelegenheit von so großer Tragweite betrifft, bedarf eines bestimmten Verfahrens. Das Parlament ist in dieser Situation gar nicht in der Lage, dieses Verfahren durchzuführen, weil noch keine Ausschüsse arbeiten, sie sind nicht eingesetzt. Ich denke, wenn man sich die Reaktionen – Sie haben sich ja schon in der Presse deutlich artikuliert – ansieht, gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen dazu. Zu einer solchen Gesetzesänderung gehören klare Anhörungen, gehören die Beratungen in den Ausschüssen. Die können aus jetziger Sicht nicht so stattfinden. Das Gesetz ist es wert, dass es in einem breiten demokratischen Konsens erreicht wird. Im Übrigen schreibt die Kommunalverfassung die Beteiligung der Kommunen vor.

(Gino Leonhard, FDP: Der Verbände.)

In Ihrem Gesetzesantrag sind die Kommunen benannt. Ich möchte daher namens meiner Fraktion die Dringlichkeit ablehnen und die Nichtbehandlung für die heutige Sitzung beantragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Weihnachtseinkäufe finden trotzdem statt.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es weiteren Bedarf zur Gegenrede? – Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich als Vertreter der NPD-Fraktion sehe hier die Dringlichkeit nicht als gegeben an, wenngleich ich der Meinung bin, dass hierüber beraten werden muss, aber dies kann durchaus im Rahmen dessen geschehen, was meine Vorrednerin von der PDS-Fraktion ausgeführt hat.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Linkspartei. –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
So viel Zeit muss sein.)

Insofern bitte ich die Damen und Herren, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –
Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich lasse jetzt über den Antrag, die Tagesordnung um diese Vorlage zu erweitern, abstimmen. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Tagesordnungspunkt abgelehnt.

Weiterhin liegt Ihnen ein Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/59 zum Thema „Einsetzung von Ausschüssen“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen.

Die Fraktion der NPD hat schon signalisiert, dass sie die Dringlichkeit begründen möchte. Herr Köster, Sie haben jetzt das Wort.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung): Gedulden Sie sich doch, meine Damen und Herren.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie ich gerade vorhin ausgeführt habe, beantragen wir als NPD-Fraktion die Feststellung der Dringlichkeit unseres Antrages zur Einsetzung von ständigen Ausschüssen. Unser diesbezüglicher Antrag, welcher Ihnen vorliegt, ist geradezu zwingend heute noch zu behandeln.

Sie, meine Damen und Herren von den Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD, haben noch am 3. Mai diesen Jahres mit der Drucksache 4/2251 einen Antrag in den Landtag eingebracht und durchgesetzt, wonach die Landesregierung aufgefordert wurde, im Zusammenhang mit dem im Sommer 2007 in Heiligendamm stattfindenden G8-Gipfel den Rechts- und Europaausschuss des Landtages regelmäßig über den Vorbereitungsstand zu informieren. Wenn heute hier ein Nachtragshaushaltsgesetz nur wegen der davongaloppierenden Kosten für den G8-Gipfel in Erster Lesung beraten werden soll, ist es eigentlich zwingend erforderlich – wohlgemerkt, nach Ihren eigenen Beschlüssen, die Sie hier gefasst haben, meine Damen und Herren –, dass der Rechts- und Europaausschuss umfassend hätte über diese Maßnahmen informiert werden müssen.

Nun meinen Sie, man bräuchte vielleicht Fachausschüsse überhaupt nicht zu bilden. Somit offenbaren Sie erneut Ihre heuchlerische Einstellung hinsichtlich Ihres Demokratieverständnisses.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Es reicht jetzt! –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Unterstellung!)

Es ist ernsthaft erforderlich, dass in diesem Haus endlich die Fachausschüsse ihre Arbeit aufnehmen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Köster, ich weise den Begriff „heuchlerisch“ als unparlamentarisch zurück.

(Michael Andrejewski, NPD:
Steht der auf der Liste?)

Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung): Genug zu tun ist allemal. Mit der Bildung der Ausschüsse darf und kann nicht bis nach Nikolaus gewartet werden. Wann, meine Damen und Herren von den sich selbst so bezeichneten demokratischen Fraktionen, wollen Sie denn mit dem parlamentarischen Arbeiten in den Fachausschüssen beginnen?

Wir möchten unbedingt den Nachtragshaushalt in den Fachausschüssen beraten sehen. Die hektische Eile, die Sie hier wieder mal an den Tag legen, offenbart insgesamt die schlampige Vorbereitung des G8-Gipfels. Mit dem heute hier in Erster Lesung zu beratenden Gesetz sind nach unserem Verständnis folgende Ausschüsse zu befassen:

1. der Innenausschuss
2. der Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
3. der Finanzausschuss
4. der Landwirtschafts- und Umweltausschuss
5. der Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung und
6. der Tourismusausschuss

(Angelika Peters, SPD: Petition auch.)

So, wie Sie jedoch mit der Verfassung, den Gesetzen und der demokratischen Grundordnung umgehen, wollen Sie offenbar überhaupt keine Ausschüsse bilden. Zeit genug, sich zu einigen, welche Ausschüsse konkret zu bilden sind, hatten Sie allemal.

Ich bitte insbesondere die anderen Oppositionsfraktionen um Zustimmung zur Dringlichkeit unseres Antrages und somit um Zustimmung zur schnellstmöglichen Bildung von Fachausschüssen in diesem Hohen demokratischen Haus. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Köster, ich weise an der Stelle das Wort „schlampig“ als unparlamentarischen Ausdruck zurück

(Stefan Köster, NPD: Darf man überhaupt noch etwas sagen?)

und bitte Sie, der Würde des Hauses angemessen hier Ihre Äußerungen vorzutragen.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Antrag bei Zustimmungen der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der übrigen Fraktionen hier im Hause abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt Ihnen ein weiterer Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/60 zum Thema „Absage des G8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern“ vor.

(Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Bitte.

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Dringlichkeit unseres Antrages zur Absage des G8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich schon daraus, dass die veranschlagten Mittel im per Gesetz festgestellten Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2006 und 2007 in keiner Weise ausreichen, dieses Weltspektakel hier in Mecklenburg zu finanzieren. Hier und heute kann eine Notbremse gerade noch gezogen werden.

Die Dringlichkeit unseres Antrages auf Absage des G8-Gipfels abzulehnen wäre grob fahrlässig. Das Volk hat bekanntlich einen neuen Landtag gewählt. Im alten Landtag der 4. Legislaturperiode wurden Beschlüsse gefasst und die Kosten für den G8-Gipfel eingegrenzt. Diese Dinge sind jetzt regelrecht Makulatur geworden. Die Kostenexplosion gebietet es, über eine Gesamtabgabe des Gipfeltreffens zu debattieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Dringlichkeit unseres Antrages ergibt sich auch aus rein logischen Gesichtspunkten. Das neu gewählte Landesparlament muss die Chance haben, die katastrophalen Entscheidungen der Abgeordneten der 4. Legislaturperiode grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Das Volk hat, ob Ihnen das passt oder nicht, neue Volksver-

treter gewählt. Noch sind die sicherheitsrelevanten Maßnahmen im Wesentlichen eben noch nicht eingeleitet. Jetzt haben wir die Möglichkeit, das Treffen noch abzusagen. Der alte Landtag hat unter falschen Voraussetzungen und dem Versprechen, dass die Angelegenheit das Land höchstens 10 Millionen Euro kosten würde, zugestimmt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nein, dass wir so viel dafür ausgeben.)

Mit der Einbringung des Nachtragshaushaltes und dem Eingeständnis, dass auch im nächsten Jahr nochmals mindestens eine Finanzdeckungslücke von 12,5 Millionen Euro geschlossen werden muss, ist die Geschäftsgrundlage für die Abhaltung dieses Gipfels weggefallen. Der neue Landtag muss nach demokratischen Regeln und Grundsätzen darüber diskutieren können, ob angesichts der Täuschungen hinsichtlich der Kosten jetzt nicht ein Ende mit Schrecken geboten ist. Ansonsten erleben wir im Laufe des nächsten Jahres ein Schrecken ohne Ende, meine Damen und Herren.

Die Dringlichkeit unseres Antrages müsste Ihnen eigentlich einleuchten. Gerade den Damen und Herren von der Linkspartei, früher PDS,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Heute auch noch.)

früher SED, noch früher KPD, dürfte es schwerfallen,

(Unruhe und Heiterkeit bei
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Und das sagt die NPD!
Deren Geschichte kennen wir auch.)

heute diese Dringlichkeit unseres Antrages abzulehnen. Der Antrag ist auch deshalb dringlich, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Ich komme zum Ende.

Der Antrag ist auch deshalb dringlich, weil ja gerade heute eine Dringlichkeitssitzung zur Verabschiedung eines Nachtragshaushalts hier durchgezogen werden soll, meine Damen und Herren.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen. Sie haben schon einen Zuschlag bekommen, um die Dringlichkeit zu begründen. Bitte nehmen Sie Ihren Platz wieder ein.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet
seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

(Udo Pastörs, NPD: Blockabstimmung.)

Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Antrag bei Zustimmung der NPD-Fraktion und Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum **einzigen Tagesordnungspunkt** der 6. Sitzung des Landtages – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, auf Drucksache 5/58.

**Geszentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung
eines Nachtrags zum Haushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2006
(Nachtragshaushaltsgesetz 2006)**
(Erste Lesung)
– Drucksache 5/58 –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Die Landesregierung legt Ihnen für diese dringliche Sondersitzung den Entwurf eines Nachtragshaushaltes vor. Für den im Juni nächsten Jahres geplanten G8-Gipfel in Heiligendamm werden sehr kurzfristig haushaltsrechtliche Ermächtigungen benötigt, die nur der Landtag erteilen kann. Nur wenn der Landtag sich außerstande sieht, rechtzeitig über einen entsprechenden Haushaltsnachtrag zu beschließen, greift das sogenannte Notbewilligungsrecht der Finanzministerin nach Paragraph 37 und Paragraph 38 LHO. Der Ältestenrat hat anders als in früheren Fällen mitgeteilt, dass rechtzeitig über die benötigten Haushaltsermächtigungen befunden werden kann.

(Unruhe bei Udo Pastörs, NPD)

Schon mit dem Doppelhaushalt 2006/2007 hatte der Gesetzgeber Haushaltsmittel für den G8-Gipfel bewilligt. Leider hat sich inzwischen herausgestellt, dass die damaligen Annahmen für die Kosten und zur Lastenverteilung nicht aufrechterhalten werden können. Ich begrüße, dass Sie sich mit der veränderten Lage befassen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Worum geht es? Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird der G8-Gipfel insgesamt rund 92 Millionen Euro kosten. Dabei können bestimmte Positionen, wie zum Beispiel die Entschädigung für die vom Sicherheitszaun betroffenen Grundstückseigentümer, zurzeit nur auf Annahmen beruhen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern sind noch nicht abgeschlossen. Die Landesregierung erwartet, dass der Bund 58 Millionen Euro übernimmt. Eine Zusage über 24 Millionen Euro liegt bereits vor. Weitere 34 Millionen Euro werden für Unterstützungseinsätze anderer Landespolizeien aufzubringen sein.

(Udo Pastörs, NPD: Und von wem? –
Michael Andrejewski, NPD: Bleibt es dabei?)

Diese Zahl kann sich später in Abhängigkeit vom tatsächlichen Einsatz der Polizeien sowohl nach oben als auch nach unten verändern.

(Zuruf von der NPD: Eher
nach oben, würde ich sagen.)

Nachdem die Länder nicht auf die Erstattung der Kosten für ihre Polizeikräfte verzichten wollen, sieht die Landesregierung den Bund in der Pflicht, die Kosten zu tragen. Darüber wurde mit dem Bund in den bisherigen Verhandlungen allerdings noch keine Einigung erzielt. Beim Land verbleiben knapp 34 Millionen Euro. Davon sind bereits 10 Millionen Euro im Doppelhaushalt veranschlagt, weitere 11 Millionen Euro werden durch Haushaltsum-

schichtungen gedeckt. Die verbleibenden annähernd 13 Millionen Euro müssen mit dem noch aufzustellenden Nachtragshaushalt 2007 ausfinanziert werden.

Bereits ins Werk gesetzt ist die Herrichtung von Gebäuden für den Führungsstab in Waldeck mit einem Kostenvolumen von gut 8 Millionen Euro. Der überwiegende Aufwand für Waldeck ist nicht verloren.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Er dient insoweit zugleich der Teilsanierung der künftigen Unterkünfte der Bereitschaftspolizei. Auch ein Teil der Beschaffungen für die Polizei hat nachhaltigen Charakter.

In diesen Zahlen sind nicht enthalten die Kosten, die den Kommunen für nicht polizeiliche Sicherungsaufgaben entstehen. Das betrifft den Feuer- und Katastrophenschutz und den Rettungsdienst. Die Landesregierung wird die betroffenen Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, aber auch unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten unterstützen.

Mit diesem Nachtragshaushalt beantragt die Landesregierung Verpflichtungsermächtigungen von 12,5 Millionen Euro. Dieser Betrag ist Teil der 92 Millionen Gesamtkosten. Mit den Verpflichtungsermächtigungen wird die Möglichkeit geschaffen, jetzt Verträge abzuschließen, für die die Zahlung erst im nächsten Jahr fällig wird. Diese werden im Wesentlichen benötigt für die Auftragserteilung zur Herstellung und Errichtung des Sicherheitszaunes und für Zusagen von Entschädigungsleistungen an Grundstückseigentümer, auf deren Gelände der Zaun erstellt wird. Ohne die beantragten Verpflichtungsermächtigungen könnte der Sicherheitszaun nicht rechtzeitig in Auftrag gegeben und fertiggestellt werden.

(Beifall Raimund Borrmann, NPD)

Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern könnten sonst nicht zum Abschluss gebracht werden. Zudem bedarf es weiterer Absicherungen von Unterkünften und Verpflegung für die Sicherheitskräfte.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, es hat in der Öffentlichkeit Kritik gegeben, weil die Landesregierung die gegenüber dem Haushalt 2006/2007 veränderte Lage erst sehr spät in den Landtag getragen habe. Die Verhandlungen mit dem Bund haben sich in die Länge gezogen, sie sind immer noch nicht abgeschlossen. Offen ist noch die Kostentragung für die Polizeikräfte anderer Länder. Sie dürfen sicher sein, dass ich Ihnen lieber ein insgesamt abgesichertes Gesamtkostentableau vorgelegt hätte.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, mir ist bewusst, dass die Landesregierung Ihnen gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode diese Haushaltsentscheidung sehr kurzfristig abfordert. Angesichts der Dringlichkeit bleibt jedoch keine andere Möglichkeit. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Der Ältestenrat hat sich in seiner Sitzung zur Vorbereitung der heutigen Parlamentssitzung nicht auf die Dauer der Redezeit verständigen können. Deshalb schlage ich Ihnen vor, für die Aussprache eine Dauer von 45 Minuten vorzusehen. Gibt es dazu Widerspruch? – Das sehe und höre ich nicht, dann verfahren wir so. Ich eröffne die

Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Harald Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Meine Damen und Herren Abgeordnete! Vom 6. bis 8. Juni 2007 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der G 8 in Heiligendamm zum Weltwirtschaftsgipfel, diesmal auf Einladung der deutschen Bundeskanzlerin, weil Deutschland nach Russland den Vorsitz übernimmt. Und mit der Präsidentschaft Deutschlands ist die gesamte organisatorische und ein Großteil der inhaltlichen Verantwortung für den Gipfel verbunden.

Die Bundesregierung hat sich entschieden, das Gipfeltreffen in Mecklenburg-Vorpommern auszurichten, und die Welt schaut natürlich in diesem Zusammenhang auf Mecklenburg-Vorpommern und auf Deutschland. Die Entscheidung für Heiligendamm hat für ganz Deutschland Bedeutung, denn hier präsentiert sich die gesamte Bundesrepublik. Der Gipfel ist aber auch besonders wichtig für Ostdeutschland, denn Mecklenburg-Vorpommern ist damit das erste ostdeutsche Bundesland, auf dessen Boden eines der hochrangigsten internationalen Treffen überhaupt stattfinden wird.

Die alte Landesregierung hat sich einstimmig grundsätzlich dazu bekannt. Ich mache aber auch darauf aufmerksam, dieses G8-Treffen ist mit keinem anderen vorherigen Gipfel in Deutschland vergleichbar. Es ist insbesondere deshalb nicht vergleichbar, weil es der erste deutsche Gipfel nach dem 11. September 2001 ist. Und was der 11. September 2001 für Sicherheit und Sicherheitsvorkehrungen bedeutet, das, glaube ich, brauche ich hier nicht zu erläutern. Die enormen Sicherheitsanstrengungen, die nunmehr erforderlich sind, weil die am meisten gefährdeten Staatsmänner und -frauen der Welt zusammenkommen, waren früher nicht üblich und auch nicht notwendig. Dieser Gipfel ist daher auch unter den Sicherheitsüberlegungen ein einzigartiges Ereignis, was man nicht mit den Regelungen und Erfahrungen der Vergangenheit allein bewältigen kann.

Als Bundesland, in dem der Gipfel stattfinden wird, nehmen wir diese Herausforderung an. Aber es war von Anfang an klar – und das haben wir immer wieder deutlich gemacht –, wir werden unseren Beitrag leisten, aber unser Bundesland kann diese große Aufgabe mit gesamtdeutscher Bedeutung nicht allein stemmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung hat der Bundesregierung frühzeitig und immer wieder klargemacht, dass die Ressourcen des Landes zur Unterstützung des Gipfels begrenzt sind. Bereits im Juni und November 2005 habe ich gegenüber Bundeskanzler Schröder deutlich gemacht, dass sich Mecklenburg-Vorpommern finanziell nicht in der Lage sieht, die damit verbundenen Lasten allein zu tragen,

(Michael Andrejewski, NPD:
Dann hätten Sie es lassen sollen.)

und dem Bund eine besondere Verantwortung zukommt. Sowohl die alte als auch die neue Bundesregierung haben dies im Prinzip anerkannt. Wir haben immer wieder deutlich gemacht, dass schon die Mehrkosten für die eigene Polizei Mecklenburg-Vorpommern erheblich fordern und belasten.

In den vergangenen Monaten haben wir viele wichtige Vorarbeiten geleistet, so bei der Verkehrs- und kom-

munalen Infrastruktur. Investitionen, die später geplant waren, wurden vorgezogen, und alle notwendigen Projekte werden rechtzeitig vor dem Gipfeltreffen fertig. Wir machen unsere Hausaufgaben. Bei den Investitionen muss unterschieden werden. Es gibt einmal Investitionen, die vom Land ohnehin allerdings später getätigt worden wären – auf Investitionen in Waldeck hat die Finanzministerin schon hingewiesen –, und es gibt Investitionen, die einzig und allein mit diesem Gipfel zusammenhängen, von denen Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig keinen Nutzen hat. Über diese Investitionen gibt es weitgehend Einigkeit, nämlich dass der Bund diese Investitionen bezahlen wird. Und zu diesen Investitionen gehört der Zaun, für den die Aufträge ausgelöst werden müssen.

Seit März arbeitet die besondere Aufbauorganisation der Landespolizei, BAO Kavala, an der Planung des größten Polizeieinsatzes in der Geschichte unseres Bundeslandes. Tausende von Polizisten anderer Bundesländer werden gebraucht, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, und es ist notwendig und angemessen, dass bei einem solchen nationalen Ereignis alle Verantwortlichen in Deutschland ihren Beitrag leisten. Und um das zu klären, stehen wir seit Längerem in Verbindung und Verhandlungen mit dem Bund. Gemeinsam müssen wir belastbare und gute Lösungen für dieses einzigartige Ereignis mit besonderer Bedeutung finden. Wir vertrauen auf die Zusagen der alten und der neuen Bundesregierung, das Land als Austragungsort zu unterstützen, und die neue Landesregierung wird die Verhandlungen weiter vorantreiben.

Jetzt ist es an der Zeit, zu klaren Aussagen des Bundes zu kommen, um den G8-Gipfel verlässlich finanzieren zu können, und ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes, als es bisher vereinbart werden konnte, ist dringend erforderlich, nicht zuletzt auch, um die Akzeptanz der Veranstaltung bei den Bürgerinnen und Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu erhöhen. Bei der Finanzierung zählen wir hauptsächlich auf die Solidarität des Bundes, die uns auch immer wieder signalisiert wurde.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist zu wenig.)

Der Kanzleramtsminister hat auch bei den anderen Bundesländern angefragt, bei dieser gesamtdeutschen Aufgabe Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen. Alle sind gefordert, denn es geht hier nicht um die Präsentation Mecklenburg-Vorpommerns, es geht um die Präsentation Deutschlands.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Dieser Gipfel, meine Damen und Herren, hat eine internationale Ausstrahlung. Es geht um unser Bild in der Welt.

(Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Und als Ministerpräsident dieses Landes appelliere ich an alle: Lassen Sie uns mit dem Gipfel Mecklenburg-Vorpommern als weltoffenes, gastfreundliches, modernes und leistungsstarkes Bundesland präsentieren! Das wäre, glaube ich, in unser aller Interesse. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In weniger als sieben Monaten sind mit dem Weltwirtschaftsgipfel im Seebad Heiligendamm die Augen der Welt auf Deutschland und auf Mecklenburg-Vorpommern gerichtet. Zu diesem herausragenden Gipfeltreffen der politischen Führer der acht bedeutendsten Staaten der Welt erwarten wir mehr als 12.000 Konferenzgäste aus allen Kontinenten. Sie erwarten von uns Gastfreundlichkeit und sie erwarten auch zu Recht von uns Sicherheit. Unser gemeinsames Anliegen muss es sein, dass die Bilder, die von Mecklenburg-Vorpommern aus in die ganze Welt ausgestrahlt werden, unsere ausländischen Freunde neugierig machen auf unser schönes Land,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:
Und der Zaun? – Stefan Köster, NPD:
Mit dem Käfig um Heiligendamm?! –
Michael Andrejewski, NPD:
Und jede Menge Chaotenbilder!)

dass sie auf Touristen wie Investoren gleichermaßen einladend wirken.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Sicherheit – und das hören Sie sich lieber genau an – gibt es eben leider in unserer Welt nicht zum Nulltarif.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Glauben Sie mir, mir wäre es tausendmal lieber, wir bräuchten keinen Sicherheitszaun um Heiligendamm, wir wären nicht angewiesen auf die Unterstützung durch Sicherheitskräfte des Bundes und der Länder, wir könnten mit herkömmlichen Mitteln einen friedlichen Verlauf des Weltwirtschaftsgipfels gewährleisten. Aber dies zu glauben wäre Illusion. Deshalb gilt, wir müssen die Kostenverteilung zwischen Land und Bund regeln.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass Mecklenburg-Vorpommern als Gewinner aus der Entscheidung der Bundesregierung herausgeht, den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm durchzuführen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, uns kompetent und zielbewusst der größten Herausforderung im Bereich der inneren Sicherheit zu stellen, die es in unserem Land bisher zu bewältigen gab. Eckpfeiler dieser Herausforderung sind:

- Die Staats- und Regierungschefs gelten als die Personen mit der weltweit höchsten Gefährdungstufe.
- Der Gipfelort liegt im Gegensatz zu den Weltwirtschaftsgipfeln der vergangenen Jahre in zentraler Lage in Europa.
- Der G8-Gipfel wird zu einer Vielzahl von Aktivitäten der Globalisierungskritiker, auch militanter Globalisierungsgegner führen.

Dieses Gefährdungsszenario verlangt von unserer Polizei:

- Die Sicherheit der Staatsgäste und der besonders gefährdeten sonstigen Teilnehmer des Gipfeltreffens ist uneingeschränkt zu gewährleisten.
- Der störungsfreie Verlauf des Weltwirtschaftsgipfels ist sicherzustellen.
- Anlassbezogene Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sind zu verhindern oder beweissicher zu verfolgen.

- Friedliche Versammlungen und sonstige Veranstaltungen sind zu schützen.
- Die Beeinträchtigung der Bevölkerung ist auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Der zur Erreichung dieser Ziele erforderliche Personaleinsatz wird der größte und bedeutungsvollste Einsatz sein, den unsere Landespolizei in ihrer bisherigen jungen Geschichte zu leisten hat. Die Bundespolizei und die Polizeien der Länder werden uns dabei hilfreich und unterstützend zur Seite stehen. Die Verhandlungen und Absprachen dazu werden zwischen dem Bund und der Landesregierung seit Monaten geführt.

Wir alle wissen, als Garant für die Sicherheit des Weltwirtschaftsgipfels steht unser Land nicht nur unter Beobachtung der nationalen, sondern, wie der Herr Ministerpräsident bereits darauf verwies, auch der internationalen Öffentlichkeit. Dieser Herausforderung werden wir mit der zurzeit geführten Diskussion aus meiner Sicht nicht gerecht,

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

deshalb sollten wir alles dafür tun, dass wir ein guter Gastgeber hier in Mecklenburg-Vorpommern für den im nächsten Jahr stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel sind. Deshalb benötigen wir auch die Unterstützung von Ihnen und die Zusage, damit der notwendige Sicherheitszaun zeitgemäß errichtet werden und für die Aufgaben, für die er vorgesehen ist, zum Einsatz kommen kann.

Gestatten Sie mir, dass ich mich abschließend an dieser Stelle bei allen, die bis hierher die Vorbereitung mit einer hohen Professionalität und in einer hohen Qualität durchgeführt haben, für das Engagement ganz herzlich bedanke. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS Herr Professor Dr. Methling.

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Abgeordnete und ehemalige Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern Dr. Gottfried Timm hatte und hat recht mit seiner Feststellung, dass das Land mit der Ausrichtung des Weltwirtschaftsgipfels finanz- und sicherheitspolitisch überfordert ist.

(Beifall bei Abgeordneten
der Linkspartei.PDS und NPD)

Meine Fraktion teilt diese Kritik.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum G8-Gipfel zwei Dinge sagen:

Erstens. Ob in Regierungsbeteiligung oder nicht, es war und ist mein gutes Recht, offen und ehrlich meine Kritik und meinen Protest zum G8-Gipfel zum Ausdruck zu bringen, und ich lasse mich dabei von niemandem in irgendeine Ecke stellen, schon gar nicht von der NPD!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Michael Andrejewski, NPD: Bleiben
Sie doch stehen, wo Sie sind!)

Ich werde weiterhin kritisch hinterfragen, was die vorangegangenen Gipfel für die Einhaltung sozialer und ökolo-

gischer Standards geleistet haben. Wie sehr drängt man auf die Einhaltung von Menschenrechten? Wie positioniert sich der G8-Gipfel zur Gestaltung der internationalen Finanzmärkte, zum freien Welthandel? Was haben die Gipfel der letzten Jahre getan, um die Armut in der Welt spürbar zu bekämpfen?

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Nichts.)

Wenn ich mir die Realität anschau, muss ich feststellen, viel zu wenig. Die Armen werden immer ärmer und die Reichen werden immer reicher.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und, meine Damen und Herren, ich weiß, ich bin mit meiner Haltung zum G8-Gipfel nicht allein.

(Beifall Raimund Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD –
Raimund Borrmann, NPD: Stimmt! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nicht nur die Mitglieder meiner Fraktion und meiner Partei teilen meine Sorgen und meine Kritik,

(Harry Glawe, CDU: Monty Schädel lässt grüßen.)

auch viele Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland und der ganzen Welt, Friedensbewegungen, Umweltverbände, Kirchen, Künstler und Gewerkschaften engagieren sich auf Gegengipfeln und Protestveranstaltungen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, Sie wissen ganz genau, dass alle von mir erwähnten Protestbewegungen sich kritisch, vor allem aber friedlich und fantasievoll mit dem G8-Gipfel auseinandersetzen wollen und werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Erst
gewalttätig und jetzt fantasievoll.)

Sie können sich selbst davon überzeugen, Kollege Jäger. Besuchen Sie die vielen Protestveranstaltungen! Singen auch Sie gemeinsam mit Herrn Grönemeyer und anderen Sängern! Spätestens dann werden Sie sehen, Sie sind nicht allein.

(Beifall bei Abgeordneten
der Linkspartei.PDS und NPD –
Heiterkeit bei Abgeordneten der NPD)

Und ich möchte ein Zweites sagen:

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Auch von Ihnen, Herr Jäger, lasse ich mich nicht in eine Ecke stellen!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das machen Sie schon selber. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das versuchen Sie übrigens seit acht Jahren erfolglos.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie zeigen ja, wo Sie stehen.)

Mecklenburg-Vorpommern soll insgesamt 33,6 Millionen Euro für den Weltwirtschaftsgipfel im nächsten Jahr zur Verfügung stellen, dreimal mehr als ursprünglich geplant. Bisher waren 10 Millionen Euro im Haushalt dafür veranschlagt. Für uns, die wir dem Haushalt zugestimmt haben, war dies schon die absolute Schmerzgrenze.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Harry Glawe, CDU: Sie kannten ja vorher keine
Kosten! Sie kannten ja vorher keine Kosten!)

Für Sie offensichtlich auch, denn Sie haben sich ja im Koalitionsvertrag dazu verständigt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig. –

Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Zudem ist längst nicht geklärt, wer für die weiteren 34 Millionen Euro aufkommt,

(Harry Glawe, CDU: Da hätten
Sie doch für sorgen können. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die der Einsatz von Polizistinnen und Polizisten aus anderen Bundesländern kosten soll. Wir haben also ein zusätzliches Risiko von 34 Millionen Euro. Es wird offensichtlich überhaupt ein Risikogipfel sein, der dort stattfindet.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Raimund Borrmann, NPD)

Wer sagt uns denn, wie hoch die Kosten tatsächlich liegen werden? Es ist doch durchaus möglich, dass der Rahmen der bisher veranschlagten 92 Millionen Euro erneut gesprengt wird.

(Stefan Köster, NPD: Die schaffen noch mehr.)

Und wenn ich dann vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Herrn Seidel lese, ihm seien die Kosten in der jetzt bekannten Höhe nicht geläufig gewesen,

(Raimund Borrmann, NPD: Schlafmütze!)

dann erstaunt mich dieses doch sehr angesichts der Darstellungen der Finanzministerin.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wurde in den Koalitionsverhandlungen das Thema ausgespart?

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Fahrlässig.)

Und wenn es denn so war, warum haben Sie dann dazu eine Festlegung in der Koalitionsvereinbarung getroffen?

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Ausgerechnet diese.)

Ich meine die Festlegung, dass der Rahmen nicht höhergesetzt werden soll, als er bereits von der alten Landesregierung beschlossen war bei 10 Millionen Euro.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich stelle die Frage: Was ist denn Ihr Koalitionsvertrag wert, wenn er schon nach einer Woche gebrochen wird?!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Raimund Borrmann, NPD –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Die PDS
wollte auch 10 Millionen. Das passt zusammen.)

Ich nenne dieses Vorgehen unverantwortlich dem Parlament gegenüber und auch unehrlich den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber.

(Harry Glawe, CDU: Das sind Sie doch selbst. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für soziale, arbeitsmarktpolitische und ökologische Projekte müssen wir um jeden Euro kämpfen.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben die sozialen Leistungen im letzten Jahr abgebaut.)

Herr Minister Seidel meint, es bringe nichts, die G8-Kosten gegen soziale Maßnahmen aufzurechnen. Ich stelle die Frage: Warum nicht? Auf der einen Seite fehlt angeblich Geld, um zum Beispiel das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz einigermaßen auszustatten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer sagt denn das?)

oder um die Eltern von Beiträgen zur Kinderbetreuung freizustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Wir sind gespannt. – Harry Glawe, CDU: Sie haben Geschenke verteilt und gar nichts erreicht.)

Auf der anderen Seite sollen mal so eben Millionen locker freigemacht werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Millionen sollen locker freigemacht werden, unter anderem 11 Millionen Euro für einen Sicherheitszaun, der Heiligendamm dann vielleicht das Pseudonym „Heiligenzaun“ geben wird.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Michael Andrejewski, NPD)

Selbst wenn der Bund von den geschätzten 92 Millionen Euro Gesamtkosten 58 Millionen übernimmt,

(Stefan Köster, NPD: Das wird der Ostseezoo.)

muss Mecklenburg-Vorpommern mindestens 34 Millionen auf den Tisch legen. Bei solchen Summen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird man doch wohl die Kosten hinterfragen dürfen und wer sie übernimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Und warum haben Sie früher das nicht gemacht? – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Was haben Sie eigentlich so bis November getrieben?)

Der Bund ist Initiator und Träger dieser Veranstaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren, also hat er auch für die Kosten aufzukommen.

(Harry Glawe, CDU: Sie als Regierung haben es begrüßt.)

Wir bleiben dabei: Wer die Musik bestellt, der muss auch bezahlen,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Raimund Borrmann, NPD)

und wir bleiben dabei, dass meine Fraktion ihre berechtigte Kritik, ihren Protest friedlich und fantasievoll zum Ausdruck bringen wird,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja.)

und nicht nur wir allein. Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf der Landesregierung nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Raimund Borrmann, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Methling.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei allen kritischen Tönen, die man jetzt hier vernommen hat – der Demokraten, wohlgemeint –, ist es aus meiner Sicht und aus der Sicht meiner Fraktion gut und richtig, dass dieses Parlament, ich möchte das einmal in Erinnerung rufen, sich hier und heute mit diesem Nachtrag zum Haushalt auseinandersetzt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist auch richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Der Meinung bin ich auch, richtig.)

Es hätte auch eine andere Möglichkeit bestanden, aber ich finde es gut, dass wir dem nachkommen, was wir gesagt haben unter Demokraten, dass wir dieses Parlament mit solchen Themen befassen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Raimund Borrmann, NPD)

Das möchte ich nur einmal vorwegschicken.

Meine Damen und Herren, die hier stattfindende heftige Auseinandersetzung zeigt den Willen von 65 Demokraten in diesem Hause,

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD: Ha, ha! – Raimund Borrmann, NPD: Hier gibt es auch sechs.)

sich ernsthaft mit den ausdehnenden oder anstehenden Problemen im Zusammenhang mit der Durchführung des G8-Gipfels zu befassen und auseinanderzusetzen.

Ich gestehe hier ganz offen und freimütig ein, die inhaltlichen Fragen zu dem Thema G8-Gipfel kann man sehr unterschiedlich sehen, wie wir jetzt schon vernommen haben, und bewerten. Ich glaube, das ist auch unstrittig zwischen Demokraten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich selbst, auch daraus mache ich kein Geheimnis, sehe den politischen Sinn solcher Gipfeltreffen immer sehr kritisch, insbesondere wenn man bedenkt, was tatsächlich politisch für die Menschen in aller Welt dabei herauskommt. Aber auch ich persönlich habe, wie die Mitglieder des ehemaligen Kabinetts, wie auch die SPD-Fraktion, wie die Fraktion der Linkspartei.PDS, grundsätzlich dieser Durchführung des Gipfels zugestimmt. Das ist eine unverrückbare Tatsache, meine Damen und Herren, und die kann man auch nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Stefan Köster, NPD: Zumindest geben Sie es zu. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und zwar ist das – ich weiß, dass das unangenehm ist, Kollege Methling oder Kolleginnen und Kollegen der PDS-Fraktion – aber bei der Verabschiedung des Haushalts, des Doppelhaushalts 2006/2007, im vergangenen Jahr mit einem grundsätzlichen Beschluss gefasst worden. Und da kann mir keiner erzählen, dass das so nicht ist.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Ja, ja, aber mit anderem Finanzvolumen! –
Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Ja, ja, und deswegen sage ich Ihnen in aller Offenheit, ich halte den Teil der Debatte an der Stelle, bei der dies von einigen von Ihnen bestritten wird, für nicht ganz ehrlich. Ich sage Ihnen das so.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: „Nicht ganz
ehrlich“ ist aber sehr vorsichtig umschrieben. –
Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ringguth, ich bin dafür bekannt, dass ich in der Regel sehr freundlich und diplomatisch bin.

Noch einmal: Wir haben uns grundsätzlich verständigt, und zwar mit der Mehrheit dieses Hauses in der letzten Legislatur, dass dieser G8-Gipfel durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren, auch für Sie, für Ihr Gedächtnis noch einmal, Herr Professor Methling: Einen Punkt aus Ihrer Rede möchte ich aufgreifen. Sie haben gesagt oder die Behauptung in diesen Raum gestellt, dass das Landesprogramm zu Demokratie und Toleranz im Zusammenhang mit der Durchführung des G8-Gipfels nicht ausreichend finanziert ist. Da appelliere ich wirklich ganz ernsthaft an Sie. Es gibt zwischen den Demokraten in diesem Hause klare Vereinbarungen, klare Verabredungen, und diese gelten für mich, gerade dieses Programm für Demokratie und Toleranz. Wir wissen alle, wovon wir da reden. Es wird ausfinanziert von uns gemeinsam,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und zwar bei allen unterschiedlichen Auffassungen zum G8-Gipfel und zu anderen Themen, gemeinsam von PDS, SPD, CDU und FDP.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Das möchte ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber es ist noch nicht im Haushalt.)

So weit sind wir auch noch nicht, Kollegin Gramkow.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Worum es heute geht, meine Damen und Herren, ist doch die Frage, ich möchte das einmal auf den technischen Aspekt zurückführen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ob das Parlament der Landesregierung die Möglichkeit gibt beziehungsweise sie in die Lage versetzt, 12,5 Millionen Euro sozusagen vorzufinanzieren. Diesen Antrag, meine Damen und Herren, wollen wir, und darum bitten wir dieses Haus, in den vorläufigen Ausschuss zur Beratung überweisen. Allerdings – für meine Fraktion sage ich das hier noch einmal ausdrücklich – sind weitere Kosten, die unser Land hier stemmen soll, nicht akzeptabel.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:
Das glaubst du doch selber nicht! –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das war ein fast infamer Zwischenruf.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das, was ich bisher immer gesagt habe – und das mögen andere hier anders sehen –, war immer offen und ich habe immer daran geglaubt und war immer davon überzeugt, Kollege Holter.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieses Land ist aus meiner Sicht nicht bereit, weitere Kosten, die über das Maß hinausgehen, zu stemmen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Fraktionsvorsitzender Schlotmann, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Pastörs?

Volker Schlotmann, SPD: Ganz bestimmt nicht.

(Michael Andrejewski, NPD: Das
beruht auf Gegenseitigkeit in Zukunft.)

Sie werde ich sowieso nie etwas fragen, mein Gott, bilden Sie sich doch nichts ein!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, ob Sie es nun glauben oder nicht: Die Bundesregierung muss sich die Forderung gefallen lassen, dass Mecklenburg-Vorpommern auf eine Übernahme der Kosten für die Polizei der anderen Länder durch den Bund besteht. Wenn es hier zu keinem Entgegenkommen des Bundes kommt,

(Stefan Köster, NPD: Ja, was dann?
Dann haften Sie persönlich.)

das sage ich hier, muss man sich alle,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Ist der Bush-Besuch schon bezahlt?)

ich betone alle, Optionen offenhalten, alle Optionen!

(Udo Pastörs, NPD: Welche
sind es denn dann noch?)

Mein Gott, schalten Sie doch Ihr Gehirn ein!

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Stefan Köster, NPD: Sie träumen doch. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich hoffe, dass dieses Signal in Berlin ankommt, meine Damen und Herren.

(Raimund Borrmann, NPD: Das kommt nie an.)

Und bis zur Zweiten Lesung muss aus unserer Sicht die Antwort tatsächlich auch da sein, bevor wir hier endgültig entscheiden,

(Michael Andrejewski, NPD: Da beten Sie drum.)

ob wir als Land uns so einbringen, wie das andere anscheinend von uns fordern.

(Stefan Köster, NPD: Da haben wir es ja.)

Ich sage noch einmal, wir alle hier im Landtag,

(Michael Andrejewski, NPD: Nicht alle.)

alle 65 Demokraten meine ich natürlich nur,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der NPD –
Michael Andrejewski, NPD: Das wollen
wir noch mal sichergestellt haben.)

waren und sind bereit, den Haushalt zu konsolidieren und sinnvoll zu sparen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Da weiß jeder hier bis auf eine bestimmte Ecke dieses Hauses,

(Stefan Köster, NPD: So langsam werden Sie aber langweilig.)

was das bedeutet, parlamentarisch Verantwortung zu tragen

(Raimund Borrmann, NPD: Ihr tragt doch gar keine Verantwortung.)

bei Konsolidierung und Sparmaßnahmen in diesem Parlament.

(Michael Andrejewski, NPD: Und beim Schuldenmachen.)

Manchmal war und manchmal wird es schwierig und schmerzhaft auch in der Zukunft sein.

(Raimund Borrmann, NPD: Aber nicht für euch!)

Sie müssen nicht über etwas reden, was Sie nicht kennen!

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dazu werden wir – auch das möchte ich hier noch einmal deutlich sagen – immer wieder gerade vom Bund und auch von den anderen Bundesländern gedrängt. Wie oft haben wir hier in Redebeiträgen gehört, dass andere, insbesondere westliche große Bundesländer uns triezten, dass wir weitere extreme Sparmaßnahmen ergreifen, um auf ein Level herunterzukommen, das aus deren Sicht vertretbar ist.

Wer aber dieses Land und uns hier damit konfrontiert, für eine Veranstaltung der Bundesrepublik Deutschland zig Millionen Landesgeld über das Maß hinaus, zu dem wir bereit waren, zu investieren, der handelt aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion verantwortungslos und wird dann damit rechnen müssen, ich sage es noch einmal, dass wir alle Optionen mit ins Kalkül einbeziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Na gut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Schlotmann.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Roof.

Michael Roof, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Minuten offensichtlich ein Bild von dem bekommen, was an politischer Arbeit hier in den letzten Jahren gemacht wurde und geleistet worden ist.

Die Regierungsbeteiligung und die Regierungsverhältnisse in diesem Haus haben sich verändert und schon verändern sich Argumentationslinien. Das finde ich sehr erstaunlich.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das stimmt nun wieder mal nicht.)

Wir haben die Situation, dass wir beginnen sollten, ehrlich mit uns selbst zu sein und ehrlich mit der Politik, die wir machen. Als Erstes sollten wir mit der Legende aufhören, dass der Bund uns als Mecklenburg-Vorpommern genötigt hat, diese Veranstaltung hier durchzuführen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat doch keiner gesagt. Das wurde doch nicht gesagt.)

Richtig ist, dass wir uns im Juni 2005 an die Bundesregierung gewandt und gesagt haben,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Wer ist denn „wir“? Wer ist denn „wir“?)

wir in Mecklenburg-Vorpommern können uns vorstellen – der Ministerpräsident tat dies in einem Schreiben –, diese Veranstaltung in unserem Land durchzuführen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Als Rahmenbedingung dafür sind 45 Millionen Euro Kosten der Gesamtveranstaltung genannt worden und ein möglicher Eigenanteil des Landes Mecklenburg-Vorpommern von 10 Millionen Euro. Heute, anderthalb Jahre später, stehen wir bei 92 Millionen Euro. Die Frage muss gestattet sein: Was ist in der Zwischenzeit passiert, dass wir in diese Situation hineingekommen sind?

(Vizepräsidentin Renate Holznelg übernimmt den Vorsitz.)

Bereits im Februar dieses Jahres sind Schätzungen im Innenministerium über Kosten von 95 Millionen Euro für die Gesamtveranstaltung bekannt gewesen. Mir obliegt es nicht zu bewerten, inwieweit das alte Parlament miteinander kommuniziert hat, aber ich bin immer davon ausgegangen, wenn Zahlen in Ministerien bekannt sind, dann sind Zahlen auch irgendwann bei den Parlamentariern bekannt.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das ist nicht wahr! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das wäre schön gewesen. – Zurufe von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Das heißt, wir haben die Situation, meine Damen und Herren, dass wir uns bereits seit einem halben Jahr über die Kosten von etwa 95 Millionen Euro auf Ministerienebene konfrontiert sehen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Eines möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, Herr Methling, da Sie gerade so lautstark werden: Eine Vielzahl Ihrer Fragen sind berechtigt, durchaus berechtigt. Ich frage Sie nur allen Ernstes, warum stellen Sie sie erst heute hier.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Sie können das in den Debatten nachlesen! Jaja, lesen Sie das nach in den Debatten, in den Protokollen!)

Sie hätten all die Jahre die Zeit und die Möglichkeit gehabt, dazu Ihre Fragen zu stellen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das haben wir immer deutlich gemacht. – Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Wenn einer dicht am Ministerpräsidenten dran ist, dann sollte es der Stellvertretende Ministerpräsident gewesen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Das sind Sie gewesen!

Als Zweites möchte ich sagen, Herr Schlotmann, Komplimente!

ment in Ihre Richtung, dass Sie sagen, wenn es, und da nehme ich Sie beim Wort, keine belastbaren Zusagen – und der Ministerpräsident hat heute hier auch von belastbaren Zusagen gesprochen – im Bereich des 21. Novembers hier in diesem Parlament gibt, dass Berlin zusagt, wie viel Millionen Euro sie konkret für diesen Gipfel aufwenden, wenn es die nicht gibt, habe ich Ihre Worte gut im Ohr, gibt es eine andere Geschäftsgrundlage und eine Diskussionsgrundlage für Sie als SPD-Fraktion.

(Zurufe von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Es ist aber auch so, dass das auch genau unsere Handlungsweise ist, dass wir sagen, wenn es keine belastbare Zusage gibt, und ich habe mir erklären lassen, dass eine belastbare Zusage eine Verwaltungsvereinbarung ist, wenn es diese Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern über die Höhe der vom Bund zu tragenden Kosten nicht definitiv zum 21. November gibt, dann werden wir diesem Vorgehen und diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Linkspartei.PDS und NPD)

Es ist nicht zu akzeptieren, dass wir, ohne dass wir wissen, wie hoch die Kosten in der Summe wirklich zusammen sind, ohne dass wir wissen, wer welchen Anteil davon übernimmt, dass wir uns, ohne das zu wissen, in der Salamiaktik von einem Kostenblock zum anderen hangeln. Das wird es mit uns als FDP nicht geben! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der FDP und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Roof.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht heute um eine Verpflichtungsermächtigung.

(Tonstörung –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Wir können gar nichts hören!)

Vielen Dank.

Heute geht es um eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 12,5 Millionen Euro. Wir müssen, und davon haben wir uns überzeugt, heute diese Überweisung in den vorläufigen Ausschuss beschließen, damit eine bereits vorliegende Ausschreibung auch zu einem Ergebnis geführt werden kann. Deswegen ist diese Sitzung so dringlich.

Wir könnten jetzt als CDU-Fraktion, weil es ganz eng wird, auch ein schönes Spielchen spielen. Wir könnten fragen, wer hat Schuld, dass das alles so eilig geworden ist? Was ist in der Vergangenheit von wem falsch gemacht worden? Wir könnten alles tun, was man so tun könnte. Das tut eine Opposition, das hat Herr Professor Methling ganz schnell gelernt. Herr Professor Methling, es ist wirklich für mich sehr erstaunlich, wie wenig man als Stellvertretender Ministerpräsident über lange Zeit in diesem Lande gewusst hat.

(Heiterkeit bei Gino Leonhard, FDP)

Da haben Sie offenbar manchmal nicht zugehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP –
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:
Das ist für Sie auch nicht so lange her. –
Zuruf von Gabriele Měšťán, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, damit es gleich gesagt wird: Meine Fraktion steht nach wie vor hinter einer Entscheidung, die das damalige Kabinett, an dem wir nicht beteiligt waren, Herr Professor Methling, einstimmig gefasst hat.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Wir haben das damals begrüßt. Wir sind dafür, dass unser Land der Ausrichter, nein, der Austragungsort des Gipfels sein darf.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Wir auch.)

Wir glauben, dass wir damit unser Land auch positiv darstellen können. Fakt ist, die rot-rote Landesregierung der letzten Legislatur hat sich um den Austragungsort des G8-Gipfels beworben. Herr Ministerpräsident, Sie, aber auch den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder kann man als Väter dieses Treffens bezeichnen. Das meine ich sehr positiv.

(Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!)

Egal, wie man inhaltlich zu dem Gipfel steht und wie auch immer die Aufteilung der Kosten letztendlich aussehen wird – Herr Kollege Schlotmann hat für die Koalition die Vorstellung seiner Fraktion hier dargestellt –, eines können wir nicht ohne Schaden tun, wir können nicht ohne Schaden für dieses Land den Gipfel oder die Austragung absagen. Wir haben uns auch als Land gleichsam vor der Welt verpflichtet. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Verpflichtungen muss man erfüllen, wenn man weiterhin als verlässlich gelten möchte. Und das sollten wir in diesem Lande als sehr wichtige Entscheidung mit bedenken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich sage für meine Fraktion, die CDU-Fraktion, wir wollen den Gipfel hier im Land, auch wenn er so beschlossen worden ist, als wir noch nicht am Kabinettstisch saßen. Wir sehen die Chancen, die wir haben, uns als Land darzustellen, in Werbeausgaben ausgedrückt. Dies kann man kaum mit Zahlen so ausdrücken, denn so viele Fernsehminuten, in denen unser Land positiv dargestellt werden kann, könnten wir überhaupt nicht bezahlen.

(Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!)

Meine Damen und Herren, wir wissen bereits, dass wir als Land mit weltoffener Ausrichtung bekannt sind, denn über 5.000 Journalisten haben für dieses Treffen schon Zimmer in unseren Hotels in unserem Lande Mecklenburg-Vorpommern gebucht. Jeder dieser 5.000 Gäste ist ein potenzieller Botschafter für unser Land und wir können zeigen, wie gastfreundlich wir sind.

Positiv und weltoffen heißt aber auch, dass sich unsere Gäste hier wohlfühlen können. Und der Innenminister Lorenz Caffier hat heute bereits deutlich zur Sicherheitslage gesprochen. Es ist bedauerlich, dass Regierungschefs einer so hohen Sicherheitsbeobachtung und einer so hohen Sicherheitsstufe bedürfen, aber, meine Damen und Herren, es ist auch klar, dass solche Gipfel nicht nur

friedliche Demonstranten in ihrem Gefolge haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Polizei in unserem Land dieses Großereignis zu aller Sicherheit absichern wird und dass der neue Innenminister Lorenz Caffier der Polizei bei dieser schwierigen Aufgabe den Rücken stärken und seine ganze Kraft in das Gelingen der Veranstaltung setzen wird,

(Heiterkeit bei
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Es geht voran!)

und dies, das muss ich an dieser Stelle einmal kritisch sagen, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der in seiner Amtszeit gerade hier weniger überzeugend gewirkt hat.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Das war ja nun nicht nötig.)

Das war durchaus nötig. Jeder hat in seiner Funktion, ich sage das einmal so, bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Und dass wir heute über Dinge reden, die uns mehr überrascht haben, Herr Professor Methling, als sie uns hätten überraschen können, hat auch seine Gründe.

Aber der Nachtragshaushalt muss auch diesen Sicherungszaun ermöglichen. Dieses haben wir uns erläutern lassen, denn jede Fraktion hatte die Gelegenheit dazu. Wir sagen aber auch zu Ihnen von der PDS, durch Ihr Agieren, auch wenn Sie sagen, Sie wollen eine friedliche Veranstaltung, treiben Sie die Kosten mit in die Höhe. Sie beteiligen sich ...

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig. –
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Das ist ja infam!)

Das ist gar keine Unverschämtheit, das ist einfach eine objektive Feststellung. Wenn Sie sich früher darum gekümmert hätten, hätten Sie, Herr Professor Methling, möglicherweise Ihr Verhalten darauf eingerichtet,

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

die Sicherheit nicht dadurch zu gefährden, dass Sie – und es gibt ja auch Mitglieder bei den Vorbereitungskomitees, die diesem Landtag durchaus sehr bekannt sind, die Namen sind nicht so ungewöhnlich für uns und Sie –

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Ich kenne Ihre Presseerklärung.)

selber davon gesprochen haben, dass es richtig ist, einen fantasievollen Widerstand zu organisieren. Was meinen Sie denn mit „fantasievollem Widerstand“?

(Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Das kann doch wohl nur heißen, dass Sie die Störer ermutigen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Fragen Sie die Christen, die dabei sind! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, es tut mir leid, dass ich Ihnen das sagen muss. Es wäre nett, wenn Sie mich einfach ausreden lassen würden, denn es erspart uns allen viel Zeit.

(Volker Schlotmann, SPD: Genau.)

Sie haben in der letzten Wahlperiode eigentlich damit schon angefangen,

(Zurufe von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,
und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Sie haben damals – und das haben Sie eben ja noch einmal deutlich gemacht, Herr Kollege Methling – schon Opposition gespielt. Sie haben im Kabinett ganz offenbar einen einstimmigen Beschluss, denn da saßen Sie ja wohl dabei, wenn der einstimmig war, mitgetragen. Und dann haben Sie sich die Kosten mit Sicherheit ...

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Es gibt überhaupt keinen Beschluss!)

Ja, die sind ja nicht vom Himmel gefallen. Sie finden auf einmal alles furchtbar überraschend.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Ich sage Ihnen, ich persönlich ...

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Schauen Sie in Ihre Koalitionsvereinbarung!)

Nee, nee, nee, nee!

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Ja, ja!)

Wir reden jetzt über Kosten und nicht darüber, was wir ausgeben wollen. Das ist ein kleiner Unterschied.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Ja, da steht doch was über Kosten.)

Aber das ist vielleicht ein bisschen schwierig zu lernen. Gesamtkosten waren für uns ...

(Heiterkeit bei
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS,
und Gino Leonhard, FDP)

Das ist keine Überheblichkeit, aber von einem ehemaligen Minister erwarte ich, dass er Kosten und Ausgaben unterscheiden kann.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Das ist wohl ein Grundsachverhalt. Fragen Sie doch mal Ihre frühere Fraktionschefin! Die kann das, die hat das gelernt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Lassen Sie's stecken, Herr Jäger! –
Gino Leonhard, FDP: Unglaublich!)

Aber was zu alldem geführt hat, das ist doch das, was wir jetzt feststellen müssen als Parlament. Ich kann mich jetzt einer gewissen Kritik nicht enthalten, weil ich nicht vergesse, dass wir Verantwortung als Abgeordnete haben,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir eine Korrektur der Kosten vom ursprünglichen Ansatz in der Größenordnung von 100 Prozent haben. Meine Damen und Herren, das liegt nicht ganz in der Marge und die sind auch nicht vom Himmel gefallen.

(Heiterkeit bei Sebastian Ratjen, FDP)

Selbst der PDS-Fraktion, Herr Kollege Methling, war sicher bekannt, dass die Vorgängerkonferenz damals schon umgerechnet 120 Millionen gekostet hat.

(Harry Glawe, CDU: Das wusste er nicht.)

Wie konnten Sie eigentlich dazu kommen, dass dies bei uns alles viel preiswerter an Sicherheit zu haben wäre?

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das hat auch die Opposition gehofft.)

Naivität ist gut, aber die Augen verschließen und so tun, als wolle man es nicht wissen, ist nicht gut für die Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Wie konnten Sie so eigentlich eine solche
Koalitionsvereinbarung unterzeichnen?)

Ich habe immer wieder gesagt und wir haben immer wieder gesagt, wir wollen diese Veranstaltung für das Land zu zumutbaren Bedingungen. Das haben wir immer gesagt. Ich kann Ihnen auch sagen, mit dem Bund wird es nunmehr nicht so sehr aufgeregt, aber dafür entschiedene weitere Verhandlungen geben, wie letztlich die Kosten verteilt werden.

Eins steht fest: Wir und die Bundesregierung müssen – und da ist mir jetzt auch wirklich nicht so wichtig, wie sie sich heute zusammensetzt – an dem festhalten, was der ehemalige Bundeskanzler Schröder in Aussicht gestellt hat. Das muss man einfach so sagen. Die Landesregierung wird in dieser Richtung unsere Unterstützung erfahren, soweit das alles in unserer Macht steht. Wir werden, und das sage ich hier, darauf lasse ich mich festnageln, gegenüber der Bundesregierung und insbesondere auch der Bundeskanzlerin entschieden dafür eintreten, dass nicht beim Land Kosten bleiben, die es nicht tragen kann.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Was ist denn mit dem Bush-Besuch?! –
Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Das war die Geschäftsgrundlage.

Meine Damen und Herren, das können Sie durchaus abfragen, wie und in welchem Maße wir verhandelt haben. Aber damit dies auch weitergeht, denn wenn ich das so richtig sehe, würden, wenn dieser Zaun nicht beschafft werden kann, die Kosten erheblich höher, da ist das, was der Innenminister gesagt hat, überhaupt nicht zu ergänzen. So viel Manpower gibt es gar nicht in der Bundesrepublik Deutschland und bei den Polizeien, dass wir dort Leute hinstellen können, anstatt eine mechanische Sperrvorrichtung, wie das so schön heißt. Deswegen, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, der Überweisung des Nachtragshaushaltes in den vorläufigen Ausschuss zuzustimmen. Wir werden dann sehen, wie das in den Ausschussberatungen weitergeht. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal eine Anmerkung.

Herr Schlotmann, Ihre Ausführungen waren putzig, da brauche ich nicht näher darauf einzugehen. Aber zu Herrn Professor Methling möchte ich doch sagen: Es gehört schon eine gesunde Portion, ja ich möchte fast sagen kriminelle Chuzpe dazu, was Sie hier vorgetragen

haben, Herr Professor Methling.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Oh, ist das eine parlamentarische Bemerkung?!)

Im Grunde genommen ist es an Dreistigkeit nicht zu überbieten, wie hier ein Nachtragshaushalt im Schweinsgalopp durchgepeitscht werden soll. Erst am gestrigen Nachmittag erhielt meine Fraktion den Entwurf.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Meine auch.)

Allein die sicherheitsrelevanten Ausgaben für den G8-Gipfel belaufen sich hiernach auf rund 92 Millionen Euro.

(Reinhard Dankert, SPD: Ihre Vertreter haben doch im Ältestenrat dem Verfahren zugestimmt.)

Der Bund übernimmt angeblich 23 Millionen Euro. Ebenfalls – lediglich nach der Rechtsauffassung der Landesregierung – sollen die anderen Bundesländer etwa 34 Millionen Euro zahlen, was diese bereits abgelehnt haben. Der Finanzierungsbedarf für unser Bundesland beträgt demnach exakt 33,681 Millionen Euro. Noch im Sommer hatten wir von der rot-roten Landesregierung vernommen, auf das Land kämen höchstens 10 Millionen Euro zu.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Hierzu stelle ich fest, dass der alte und neue Ministerpräsident bewusst die Unwahrheit gesagt haben muss.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Man könnte ihn deshalb eigentlich auch einen Lügner nennen!

(Heike Polzin, SPD: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie allein für einen Stacheldrahtzaun um Heiligendamm 11 Millionen Euro veranschlagt haben, zeigt, dass Sie regelrecht Angst vor dem eigenen Volk haben. Sie wollen Heiligendamm abriegeln, so, wie die Kommunisten einst Wandlitz abriegelt hatten. Sie wollen also in Heiligendamm einen demokratischen Sektor herstellen. Um Garagen, Schuppen und Häuser hierfür abreißen zu können, brauchen Sie 800.000 Euro, um Schadensersatzansprüche regulieren zu können.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich sage Ihnen voraus: Das Geld wird nicht reichen! Was linksautonome Chaoten im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in unserem Land anstellen werden, wird wie eine Bürde auf Mecklenburg und Vorpommern lasten. Genua mit Verwüstungen und Toten lässt grüßen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Krawall- und Chaosbilder werden um die ganze Welt gehen und sozusagen für unser schönes Bundesland werben. Und das haben Sie von der rot-roten und rot-schwarzen Regierung ganz allein zu verantworten und sonst niemand, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Unverschämt ist auch, dass Sie den kompletten Gipfelmist auch noch mit Schulden finanzieren wollen. Sie sollten sich schämen! Derartige Schulden für Galaessen und Sicherheitsspektakel dürfen nicht zulasten der nachfolgenden Generationen durchgeführt werden. Mit Zins und Zinseszins, und mit einer solchen Berechnung

kennen sich ja allerlei Bankhäuser bekanntlich gut aus, kostet uns der G8-Gipfel dann in Wirklichkeit locker 200 bis 250 Millionen Euro, meine sehr verehrten Damen und Herren. Geld übrigens, das wir dringend zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit benötigen.

So, wie Sie mit den gewählten Volksvertretern im Hausrückgesetzverfahren umgehen, so gehen Sie auch mit Steuergeldern des Volkes um. Unser Bundesland braucht kein international organisiertes staatsfinanziertes Galaessen mit 20.000 Polizisten abgesichert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt langt's!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Pastörs, ...

Udo Pastörs, NPD: Fiedel Castro kann man schon zustimmen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

als er sagte, einen G8-Gipfel solle man am besten in einer Raumstation durchführen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter,

(Harry Glawe, CDU: Ihre Redezeit ist zu Ende. Das reicht jetzt langsam hier!)

Herr Abgeordneter Pastörs, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja nicht zu ertragen! – Harry Glawe, CDU: Hören Sie mal auf!)

Udo Pastörs, NPD: Ich komme zum Ende.

Zur Zweiten Lesung kündige ich hier bereits Änderungsanträge der NPD-Fraktion zum Gesetzentwurf der Landesregierung an,

(Harry Glawe, CDU: Ja, das können Sie ja ankündigen. Reden Sie zur Sache!)

meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Harry Glawe, CDU: Was sind denn das alles für Beleidigungen hier? Das ist ja unglaublich!)

Ich bedanke mich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Heike Polzin, SPD: Das waren wenigstens sieben unparlamentarische Ausdrücke. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Pastörs, Sie haben zweimal in beleidigender Art und Weise Unterstellungen ausgesprochen. Dafür spreche ich Ihnen zwei Ordnungsrufe aus.

(Udo Pastörs, NPD: Danke schön. – Dr. Armin Jäger, CDU: Dafür gibt's jetzt den dritten. Jetzt reicht's! So eine Flegelhaftigkeit!)

Ich wollte Sie gerade belehren, dass Ihnen bei einem dritten Ordnungsruf das Wort entzogen wird.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Dann machen Sie es doch mal!)

Aber da Sie in Ihrer Art und Weise, wie Sie sich für einen Ordnungsruf bedankt haben, eigentlich schon den dritten verdient haben, bitte ich Sie ganz herzlich,

auch in den Debatten dieses Hohen Hauses sich mit der Geschäftsordnung zu befassen und mit den Reden wirklich zu verdeutlichen, dass Sie die Würde dieses Hohen Hauses achten, damit so etwas nicht mehr passiert. Das ist meine herzliche Bitte. Ansonsten haben Sie jetzt drei Ordnungsrufe und damit ist Ihnen das Wort entzogen.

(Beifall Gino Leonhard, FDP)

Meine Damen und Herren, wir fahren jetzt fort in der Tagesordnung.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der Linkspartei hat immer deutlich gemacht, mehr als 10 Millionen Euro für sicherheitsrelevante Fragen gibt es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wir haben dem Gipfel nie zugestimmt. Ich bitte vor allen Dingen alle neuen Abgeordneten hier im Haus, die Reden diesbezüglich nachzulesen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Schlotmann, das gehört zur Wahrheit dazu: Hätte die SPD-Fraktion nicht seit dem Besuch des Rechtsausschusses in Schottland permanent gemauert,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig, jawohl.)

hätten wir viel eher über das Problem G8 hier im Landtag reden können.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und nun zu Ihnen, Herr selbsternannter Oppositionsführer: Ihre Trittbrettfahrerei, die ist nun wirklich unerträglich! Wenn es nach Ihnen ginge, würden Sie doch am liebsten einen Zaun um Deutschland ziehen, damit „Deutschland endlich den Deutschen“ gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ihre Alternative zur Globalisierung ist ein völkischer Nationalismus gepaart mit Rassismus.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Jawohl! – Stefan Köster, NPD: Und Sie gehen zu Parteidemost!)

Solche Unterstützung haben wir nicht nötig. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Der Abgeordnete Volker Schlotmann bittet um das Wort.)

Entschuldigung, es liegt mir doch noch eine weitere Wortmeldung vor.

Das Wort hat noch einmal der Fraktionsvorsitzende der SPD Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Meine Damen und Herren! Der Auftritt der Demokratiefeinde in diesem Parlament veranlasst mich doch, zumindest zwei, drei Sätze zu sagen.

(Stefan Köster, NPD: Haben Sie mal in den Spiegel geguckt? –

Unruhe bei Abgeordneten der CDU
Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, das ist peinlich!

Wissen Sie, dass das, was Sie hier veranstalten, auf einem Niveau weit unterhalb dieses Teppichbodens liegt, meine Damen und Herren?

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und Ihre hier demonstrativ in Goebbels'scher Manier vorgetragene Demokratieverachtung, indem Sie das gewählte Haupt dieses Landes, nämlich den Ministerpräsidenten, verunglimpfen,

(Michael Andrejewski, NPD:
Kritisieren, das darf man doch!)

das ist abscheulich, was Sie hier treiben! Es spricht aber dafür – da brauchen Sie gar nicht so hämisch zu grinsen –, dass Sie in einer alten Tradition stehen, in einer alten Tradition.

(Stefan Köster, NPD: Sie
haben gar keine Tradition!)

Und ich verspreche Ihnen – das können Sie „putzig“ nennen oder was weiß ich –, wir werden Ihnen hier bei jeder Gelegenheit, bei jeder Gelegenheit ...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
bittet um das Wort.)

Fragen von Ihnen werde ich sowieso nicht beantworten, Sie können sich gleich wieder hinsetzen!

(Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD)

Wir werden Ihnen bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Maske des Biedermannes vom Gesicht reißen.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Michael Andrejewski, NPD:
Wir haben ja so eine Angst.)

Wir werden deutlich machen, dass Sie hier eigentlich als Brandstifter sitzen, weil Sie dieses System, diese Gesellschaft kaputtmachen wollen, um dann Ihre eigenen Ziele erreichen zu können. Das ist es!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Stefan Köster, NPD: Sie machen
das System kaputt!)

Hören Sie doch mal auf zu schreien!

(Unruhe bei Abgeordneten der NPD –
Stefan Köster, NPD: Sie bringen den
Staat in Misskredit mit Ihrer Finanzierung.)

Sie hören mal auf zu schreien! Sie können sich ja einmal bei der nächsten Sitzung hier hinstellen und sich ...

(Stefan Köster, NPD: Das mache ich. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Sie wissen doch gar nicht, was ich will. Meine Güte!

(Heiterkeit bei Michael Roof, FDP)

Ich möchte dann zum Beispiel einmal von der NPD kein Geschrei hören,

(Heike Polzin, SPD: Das wird schwierig. –
Udo Pastörs, NPD: Diäten, aber keine
Verantwortung wollen Sie!)

Herr Pastörs, sondern ich möchte anlässlich eines ganz aktuellen Beispiels von der NPD hier im Landtag einmal

hören, wie Sie sich zum Führer – und Sie wissen, wen ich meine – positionieren!

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, gerne.)

Ich habe das Schauspiel in Sachsen sehr genau beobachtet ...

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist kein Geschichtsseminar.)

Sehen Sie!

... und da gibt es keinerlei Distanzierung Ihrer Volksgenossen in Sachsen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
bittet um das Wort.)

Sie haben sowieso keine Redezeit mehr. Und mit Ihnen unterhalte ich mich jetzt hier nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, aber Sie wollten
es doch hören, Herr Schlotmann!)

Ich sagte doch, in einer der nächsten Sitzungen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr schön.)

Sie müssen auch einmal richtig zuhören! So, wie Sie die Geschäftsordnung lesen, müssen Sie auch einmal dem Parlament hier zuhören! Und ich sage Ihnen, diese dummdreisten Horrorszenarien, die Sie hier an die Wand malen, die Sie versuchen, den Leuten draußen im Land zu suggerieren, die werden auf Sie zurückfallen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Michael Andrejewski, NPD: Die
fallen auf Sie zurück!)

Und das Schlimmste, was Sie hier machen konnten, aber ich habe von Ihnen nichts anderes erwartet, Sie faseln hier von der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. Das aus dem Munde eines NPD-Vertreters ...

(Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD –
Stefan Köster, NPD: Sie wundern sich, was?!)

Ich pass schon sehr genau auf, keine Hoffnung!

... zu hören, der in der Tradition einer geschichtlichen Zeit dieser Republik ist, wo Millionen gestorben sind, wo Millionen ermordet worden sind,

(Udo Pastörs, NPD: In dieser Republik?! –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

und dann faseln Sie hier von Verantwortung für Generationen. Sie haben Generationen dieses Landes kaputtgemacht. Dazu müssen Sie sich einmal bekennen! Setzen Sie sich damit einmal auseinander!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Linkspartei.PDS – Udo Pastörs, NPD:
Sie haben gerade bewiesen, dass Sie
ein historischer Analphabet sind!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schlotmann.

Herr Abgeordneter Pastörs, ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass ich Ihnen das Wort entzogen habe.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/58 zur Beratung an den vorläufigen Ausschuss zu überweisen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs bittet um das Wort. – Minister Dr. Till Backhaus: Wir sind hier in der Abstimmung!)

Die Fraktion der NPD hat beantragt, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/58 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, an den Landwirtschaftsausschuss und Umweltausschuss, an den Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung sowie an den Tourismusausschuss zu überweisen.

(Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das geht doch gar nicht.)

Auch wenn bisher nicht über die Einsetzung der Ausschüsse beschlossen worden ist und eine Überweisung an diese Ausschüsse gegenwärtig noch nicht erfolgen kann, ist dies der weitergehende Antrag, über den ich deshalb abstimmen lasse, um eine Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden.

(Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin, wir ziehen den Antrag zurück. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir sind in der Abstimmung, verdammte Kiste!)

Wer diesem Überweisungsvorschlag der Fraktion der NPD zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der NPD mit den Stimmen des Hohen Hauses und einer Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Vorschlag auf Überweisung an den vorläufigen Ausschuss abstimmen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – ...

(Der Abgeordnete Stefan Köster bittet um das Wort zur Geschäftsordnung.)

Bitte setzen Sie sich hin, wir sind in der Abstimmung.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wer dem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt noch mal um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – ...

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie sind gleich dran, Herr Abgeordneter Köster.

(Minister Dr. Till Backhaus: Herr Köster ist aber auch vorlaut. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der Linkspartei.PDS

(Minister Dr. Till Backhaus: Und NPD.)

und drei Gegenstimmen der Fraktion der NPD ist der Überweisungsvorschlag angenommen.

Der Abgeordnete Herr Köster hat erklärt, dass er an der Abstimmung nicht teilnimmt, und deswegen kann er entsprechend der Geschäftsordnung Paragraph 96 jetzt eine

Erklärung abgeben. Bitte.

(Minister Dr. Till Backhaus: Muss man sich das anhören? – Stefan Köster, NPD: Sie hören mich so und so! – Michael Roolf, FDP: Aber wir brauchen Sie nicht zu sehen.)

Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich an dieser Abstimmung nicht beteiligt, weil es ein Unding ist, dass die Vertreter des Hohen Hauses es immer noch nicht zustande gebracht haben, die Ausschüsse einzusetzen. Es kann nicht im Innenausschuss diskutiert werden, warum dieser Wahnsinn von diesem Zaun – manche würden auch sagen, das ist ein Gehege, ich weiß nicht, ob sich in diesem Gehege dann im Sommer nächsten Jahres Raubtiere versammeln werden –, es kann nicht darüber im Innenausschuss diskutiert werden, es kann auch nicht im Tourismusausschuss darüber gesprochen werden, welche Auswirkungen, welche fatalen Auswirkungen dieser Globalisierungswohltutsgipfel für den Tourismus gerade im Bereich der Ostsee haben wird.

Und, was mich doch sehr wundert, der Herr Caffier spricht sich für diese Maßnahmen aus. Er spricht sich auch dafür aus, dass der Landtag damit betraut wird. Ich zitiere ihn einmal: „Und Fragen der Finanzierung werden immer auf Regierungsebene geklärt. Das ist so und das wird auch so in Zukunft bleiben. Deswegen sollten wir nicht nach außen ein Bild abgeben, das über Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland wieder negative Schlagzeilen erzeugt.“ Ich hoffe, Sie erinnern sich. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Minister Lorenz Caffier: Genauso ist es. – Dr. Armin Jäger, CDU: Da hat er recht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages, wie bereits mitgeteilt, für Mittwoch, den 6. Dezember 2006, 10.00 Uhr ein.

Wie sich die weitere Zeitplanung in Bezug auf die Zweite Lesung und Schlussabstimmung zum Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2006 gestaltet, wird Ihnen noch gesondert mitgeteilt. Bevor ich aber die Sitzung schließe, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Der vorläufige Ausschuss findet sich 15 Minuten nach Beendigung der Landtagssitzung in Raum 357 zu einer Sitzung ein. Zehn Minuten nach Beendigung der Sitzung des vorläufigen Ausschusses findet eine Ältestenratssitzung im Raum 357 statt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Sitzung geschlossen.

Schluss: 17.02 Uhr

Es fehlte der Abgeordnete Erwin Selling.